

Brandts neues Selbstvertrauen

Ein ZEIT-Interview mit dem Bundeskanzler / Von Manfred Bissinger

Frage: Haben Sie Sorge, die Gespräche über eine Truppenverringerung in Europa könnten zu schnell vorangehen und die deutschen Interessen dabei nicht genügend berücksichtigt werden?

Brandt: Nein, diese Sorge habe ich nicht. Die Gespräche über eine beiderseitige und abgewogene Truppenverminderung in Europa werden innerhalb des Atlantischen Bündnisses sorgfältig vorbereitet. Wir sind an diesen Vorbereitungen in vollem Umfang beteiligt und haben jede Möglichkeit, unsere Sicherheitsinteressen, die im übrigen ja auch durchweg mit den Interessen unserer Bündnispartner übereinstimmen, zu wahren. Umgekehrt haben wir das gleiche Interesse wie die amerikanische Regierung daran, daß die Gespräche über eine Truppenverminderung erfolgreich sein werden. Dies würde auch unserer Sicherheit dienen, weil der Abbau der militärischen Konfrontation in Mitteleuropa die Gefahr militärischer Konflikte natürlich verringern würde. Schließlich möchte ich darauf hinweisen, daß solche Verhandlungen sicher eine längere Zeit in Anspruch nehmen werden.

Frage: Wer soll sie führen?

Brandt: Der Fahrplan ist folgender: Noch im Sommer, Ende Juli oder im August, wird im Nato-Rat das Problem durchdiskutiert. Am Schluß der Sommerpause, im September oder spätestens Anfang Oktober, wird eine Konferenz der Außenminister-Stellvertreter zusammentreten, um die gemeinsame Verhandlungsbasis zu besprechen. Dann oder schon vorher werden ein Unterhändler oder einige Unterhändler benannt, die zur Verfügung stehen, um mit einem oder einigen Unterhändlern des Warschauer Paktes in die Verhandlungen einzutreten.

Frage: In jedem Fall wird also noch in diesem Jahr verhandelt?

Brandt: Ja, natürlich.

Frage: Haben Sie bei Präsident Nixon darauf bestanden, das Berlin-Junktum auch auf die Verhandlungen über eine Ost-West-Truppenreduzierung auszudehnen?

Brandt: Ich habe niemals eine Vorbedingung für Verhandlungen über eine Truppenreduzierung gestellt. Die Nato hat dem Warschauer Pakt, nicht zuletzt auf deutsche Initiative hin, derartige Verhandlungen bereits zu einem Zeitpunkt angeboten, als es noch gar keine Gespräche über Berlin gab, und es würde deshalb dieser wichtigen Sache nicht gedient haben, wenn man nun ein „Junktum“ zu Berlin hergestellt hätte. Ich glaube vielmehr — und ich befinde mich hier in voller Übereinstimmung mit Präsident Nixon —, daß Verhandlungen über eine Rüstungsbegrenzung auch anderen schwierigen Themen zugute kommen werden.

Frage: Sie rechnen also mit einer Lösung des Berlin-Problems, bevor ein Vertrag über gegenseitige Rüstungsbegrenzung in Sicht ist?

Brandt: Niemand kann mit Sicherheit sagen, wann die Berlin-Verhandlungen zu einem guten Ergebnis gekommen sein werden. Ich kann nur sagen, daß es eine gute Chance für ein zufriedenstellendes Ergebnis gibt. Im Nato-Kommuniqué von Lissabon finden Sie den Passus, daß man hoffe, eine befriedigende Berlin-Regelung vorzufinden, wenn man sich Ende Dezember in Brüssel

zur nächsten Nato-Außenministerkonferenz zusammenfindet.

Frage: Kann man damit rechnen, daß es auch in den Gesprächen mit Ostberlin bald zu offiziellen Verhandlungen kommt?

Brandt: Es kommt mit absoluter Sicherheit zu Verhandlungen, sobald die Vier Mächte ihr Abkommen über Berlin fertig haben. Denn dann bedarf es der Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Seiten, um ihren Teil zu diesem Abkommen hinzuzufügen. Ich hoffe, daß der von der Nato angegebene Zeitplan einzuhalten ist. Dann würden sogar schon vor Ende des Jahres die beiden deutschen Seiten den Verhandlungen beigetreten sein.

Frage: Was kommt danach?

Brandt: Anschließend werden wir sehen, ob — gestützt auf die ersten Ergebnisse — weitere Verhandlungen mit Ostberlin möglich sind. Ein nächster Schritt wäre ein passendes Verkehrsabkommen.

Frage: Haben Sie im Gespräch mit U Thant die Frage der Aufnahme beider deutscher Staaten in die UN vorgeklärt?

Brandt: Mein Gespräch mit U Thant galt im wesentlichen anderen Themen, zumal solchen der Dritten Welt. Die Aufnahme der beiden Staaten ist kein aktuelles Problem. Sie wird erst dann möglich sein, wenn die Beziehungen zwischen Bonn und Ostberlin sich verbessert haben. Wir stehen aber erst ganz am Anfang dieses Prozesses. Ich finde überhaupt, daß man sich daran gewöhnen muß, daß wichtige außenpolitische Fragen nicht von heute auf morgen geregelt werden können. Es ist nach wie vor unsere Auffassung, daß eine volle Mitwirkung der beiden deutschen Staaten in diesen Organisationen erst dann nutzbringend sein kann, wenn die DDR zu erkennen gegeben hat, daß sie auch auf deutschem Boden zu einem geregelten Nebeneinander im Interesse



Abgetrieben

der Menschen bereit ist. Nur dann kann vermieden werden, daß die Arbeit der Vereinten Nationen und ihrer Unterorganisationen durch die Spannungen zwischen Ostberlin und Bonn unnötig beeinträchtigt wird.

Frage: Gilt auch für die Frage der Aufnahme beider deutscher Staaten in die UN das Berlin-Junktum?

Brandt: Eine befriedigende Regelung der Berlin-Frage würde uns sicher ein gutes Stück voranbringen, denn eine solche Regelung ist ohne eine zusätzliche Verständigung der deutschen Verwal-

tungen über bestimmte Teilaspekte nicht denkbar. Und dies wiederum könnte zu einer Normalisierung der Beziehungen beitragen.

Frage: Bei Ihrem Besuch in den USA ist mehr über die bevorstehende Erweiterung der EWG als über die Ostpolitik gesprochen worden. Kann man sagen, daß sich die Sorgen der USA von der Ostpolitik auf die europäische Handelspolitik verlagert haben?

Brandt: Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den USA und der Europäischen Gemeinschaft haben sich wesentlich besser entwickelt als die Beziehungen zwischen den USA und anderen Teilen der Welt. Daraus ergibt sich schon, daß die Europäische Gemeinschaft handelspolitisch sehr viel offener ist, als es manchmal dargestellt wird. Dies gilt, im Verhältnis zu Amerika, selbst für den Agrarbereich. Ich bemühe mich darum, möglichst enge Kontakte zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den USA zu fördern, damit auch in Teilbereichen keine ernststen Komplikationen entstehen können.

Frage: Sie haben in Washington gesagt, die Bundesrepublik sei höchstens eine mittlere Macht. Dennoch sind Sie sehr selbstbewußt aufgetreten. Haben Sie mit der Tradition Ihrer Vorgänger gebrochen, deren Hauptsorge in Washington immer war, ihre jeweilige Politik absegnen zu lassen?

Brandt: Für die Bundesrepublik Deutschland wird auch in Zukunft eine gute Abstimmung ihrer Außenpolitik mit der Amerikas notwendig sein. Dies ergibt sich einmal aus der weltpolitischen Position der USA, aus ihrer bedeutsamen Rolle im Nato-Bündnis, und zum anderen aus der Tatsache, daß die USA in bezug auf Deutschland und Berlin eine besondere Verantwortung haben. Der große Vorteil der gegenwärtigen Situation besteht darin, daß beide Länder auf parallelen Wegen das gleiche Ziel der Entspannung anstreben. Früher war es manchmal so, daß Bonn in Sachen Entspannungspolitik zu bremsen suchte, weil es eine Beeinträchtigung der deutschen Interessen befürchtete. Heute liegen die Dinge anders. Ich glaube, daß wir unseren Interessen am besten dienen, wenn wir selber eine aktive Europa- und Entspannungspolitik betreiben. Eine solche Aktivität setzt natürlich den Willen zum selbständigen Handeln voraus, das aber, wenn man sorgfältig vorgeht, nicht zu einer Entfremdung gegenüber den Verbündeten führen wird. Wer jeweils sich um Konsultation und Abstimmung bemüht, braucht nicht um Erlaubnis zu fragen. Wir hatten dies auch nicht nötig, und es entspricht nicht meinem Stil.

Frage: Werden Sie in Bonn jetzt darauf drängen, daß die CDU/CSU in der Ostpolitik doch noch zu einer gemeinsamen Haltung mit der Regierung findet?

Brandt: Selbstverständlich werde ich mich auch weiterhin darum bemühen, daß die CDU/CSU ihre feindselige Haltung gegenüber der Ostpolitik aufgibt. Aber ich bin skeptisch, ob dies gelingen kann. Denn ich habe häufig den Eindruck, daß die Opposition sich in ihr Nein schon zu sehr verbissen hat, wobei sicher auch die ungelösten Führungsfragen und vielleicht auch schon der Gedanke an den Wahlkampf 1973 eine Rolle spielen. Ich würde es nur begrüßen, wenn eine befriedigende Berlin-Regelung eine Änderung dieser Haltung bewirken könnte.